

Baustopp auf dem Kurplatz ist vom Tisch

Der Schweizer Heimatschutz blitzt beim Bund ab – die Stadt Baden und die Kantonsarchäologie reagieren mit Erleichterung.

Philipp Zimmermann

Tut die Stadt Baden, genug, um die historischen Schätze im Erdreich unterhalb des Kurplatzes zu schützen? Über diese Frage scheiden sich die Geister. Der Vorwurf, dass Baden und die Kantonsarchäologie eben so wenig tun, liegt in der Bäderstadt seit Monaten in der Luft. Jeder neue Sensationsfund aus der Römerzeit liess die Diskussion wieder aufflammen. Auf dem Kurplatz lässt die Stadt Thermalwasserleitungen erneuern, teilweise mit neuer Leitungsführung. Dabei wird unweigerlich historisches Kulturgut zerstört. Zuletzt hat das Ausgrabungsteam das historische Freibad freigelegt, das auf die Römerzeit zurückgeht.

Vor fast zwei Wochen preschte der Schweizer Heimatschutz vor mit der Forderung, dass die zuständigen Bundesbehörden superprovisorisch einen Baustopp anordnen sollen – per sofort. Jede Beeinträchtigung der «archäologischen Entdeckungen von europäischem Rang» sei zu verbieten. Die Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege müsse mit einem Gutachten über die Bedeutung der in Baden neu entdeckten archäologischen Funde beauftragt werden. «Nur der Bund kann hier noch rettend eingreifen», sagte Heimatschutz-Präsident Martin Killias im Interview mit dieser Zeitung.

«Grösstmöglicher Schonung Rechnung getragen»

Nun liegt der Entscheid des Bundesamts für Kultur vor. Es lehnt den Baustopp ab. «Der grösstmöglichen Schonung des Denkmals wurde Rechnung getragen, indem das Baugesuch nur unter strengen Auflagen bewilligt wurde, welche insbesondere die enge Begleitung durch die Kantonsarchäologie verlangen», heisst es in seiner Antwort. Die Analyse der Projektunterlagen lasse auch bezüglich der wichtigsten archäologischen Funde, die während der Arbeiten zum Vorschein kamen, kei-



Die Arbeiten auf der Kurplatz-Baustelle in Baden, wo das historische Freibad freigelegt worden ist, können weitergehen.

Bild: Philipp Zimmermann

«Das ist eine verpasste Gelegenheit.»

ne Mängel erkennen. «Funde und Befunde werden fachgerecht gesichert bzw. geborgen und wissenschaftlich untersucht. Die Dokumentation nach wissenschaftlichen archäologischen Standards wird ergänzt durch zusätzliche fotografische Dokumentationen durch die Stadt Baden.»

Badens Stadtammann Markus Schneider ist erleichtert. Er sagt: «Es ist für uns ein wichtiges Zeichen, dass eine unabhängige Stelle diesen Entscheid gefällt hat.» Er habe nichts dagegen gehabt, dass der Bund diese Prüfung vornehme. «Die Vorwürfe, dass wir nicht richtig mit unserem kulturellen Erbe umgehen, lagen ja latent in der Luft», sagt er.

Schneider betont zudem die Wichtigkeit des Bäderbes für Baden: «Der Schutz des Kulturgutes ist der Stadt ein sehr grosses Anliegen, so wie auch das Thermalwasser von höchster Bedeutung für die Stadt ist.» Kantonsarchäologe Thomas Doppler reagiert ähnlich und sagt: «Selbstverständlich sind wir erleichtert. Wir haben aber erwartet.» Dieser sei eine externe Bestätigung. «Wir haben nicht a priori einfach alles freigelegt auf dem Kurplatz. Wir sind korrekt vorgegangen. Wir haben fortlaufend und sorgfältig abgeklärt, wo Anpassungen bei den Leitungsarbeiten möglich sind und wie wir mit freigelegten Funden umgehen wer-

den.» Die Kantonsarchäologie habe von Anfang an darauf geachtet, die archäologische Substanz bestmöglich zu schonen und zu erhalten. «Deswegen war ich völlig überrascht über die Forderung des Heimatschutzes nach einem Baustopp.»

Heimatschutz wird Entscheid wohl nicht anfechten. Nicht zufrieden mit dem Entscheid ist dagegen Martin Killias, Präsident des Heimatschutzes. Er sagt: «Das ist eine verpasste Gelegenheit.» Wichtig wäre in seinen Augen gewesen, dass die Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege zwei Aspekte beleuchtet hätte: Wie in Baden mit den Grabungen umgegangen werde und was mit

Funden passiere. «Wir hätten eine zweite unabhängige Beurteilung für wichtig gehalten.» An der Kompetenz der Fachleute der Kantonsarchäologie zweifle er nicht. «Aber sie sind in Hierarchien gefangen und deshalb nicht unabhängig.»

Killias hofft trotzdem, dass die Intervention etwas bewegt habe und dass die Untersuchungen umfassender gemacht werden können. So, dass die Überreste im Erdboden bestmöglich erhalten bleiben. Theoretisch könnte der Heimatschutz den Entscheid anfechten. «Ich denke aber nicht, dass wir das tun werden», sagt Killias. «Es geht hier um eine politische, nicht um eine juristische Auseinandersetzung.»

Martin Killias
Präsident Heimatschutz